

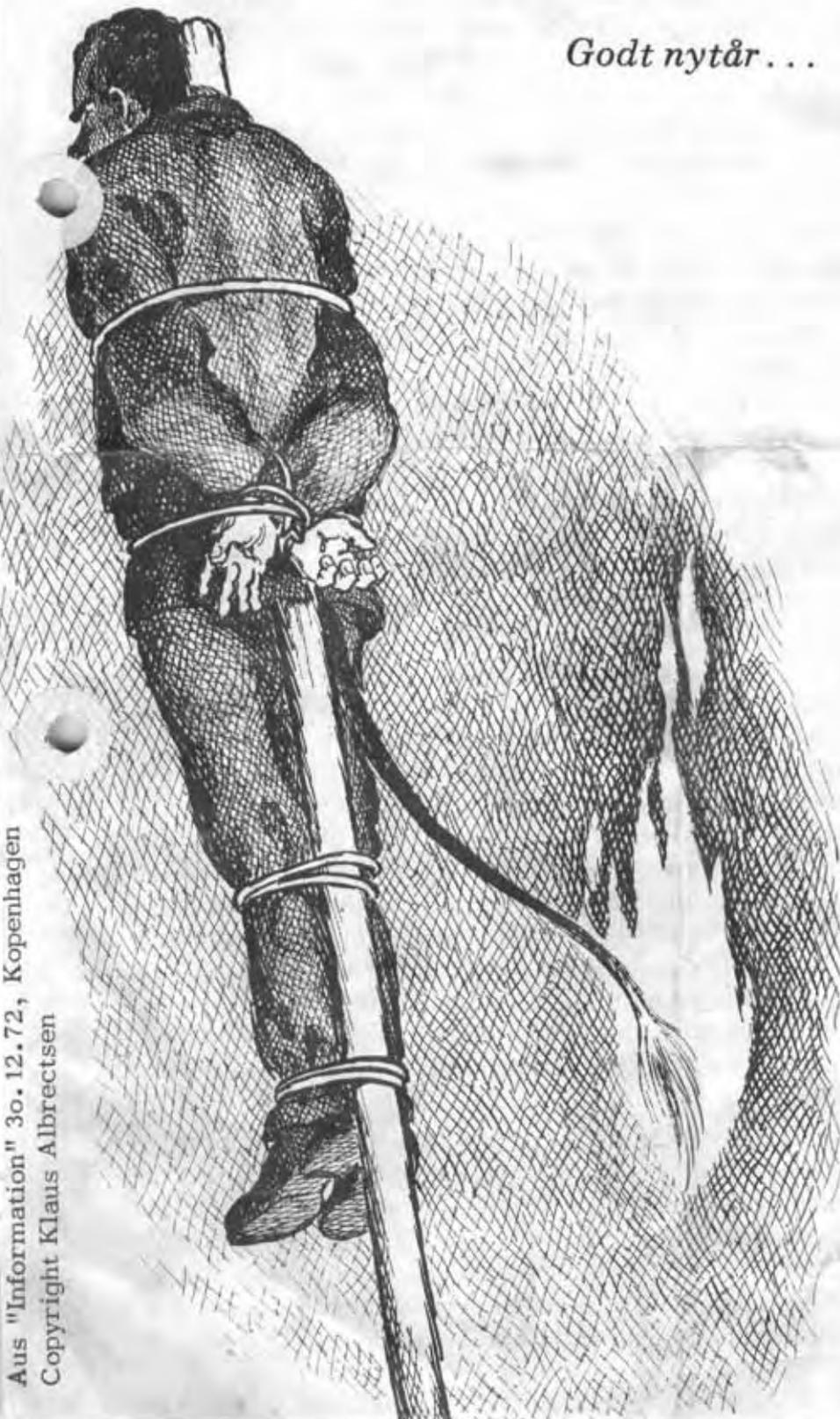
Keinen Pfennig für die Amis!

Godt nytår...

40.000 Tonnen Bomben fielen auf die nordvietnamesischen Städte Hanoi und Haiphong, als das amerikanische Militär zwischen dem 18. und dem 29. Dezember den Luftkrieg über den 20. Breitengrad hinaus ausdehnte. Jede Nacht folgen die B-52-Bomber bis 75 Angriffe gegen zivile und militärische Einrichtungen. Viele Deutsche wurden an das Grauen erinnert, das sie selbst bei den Bombardierungen von Hamburg, Dresden, Köln, Frankfurt, Berlin und anderer Städte erfahren hatten, selbst wenn man daran keine modernen amerikanischen Maßstäbe legt.

Der Luftkrieg hat außerhalb Vietnams erneut zu Gegenwehr und Protesten geführt. Bürgerliche Politiker verschiedener Richtungen in zahlreichen mit den USA befreundeten Ländern protestierten gegen die Ausweitung der Bombardements.

In der Bundesrepublik vertiefen sich Abscheu und Furcht in der Bevölkerung gegenüber der amerikanischen Regierung und ihrer Kriegführung in Vietnam. Dies spiegelt sich wider in den Protesten, mit denen



vor allem Jungsozialisten sowie linke SPD-Parlamentarier und Gewerkschafter, aber auch FDP- und CDU-Politiker, Wissenschaftler und andere Intellektuelle jetzt an die Öffentlichkeit treten. Nicht zuletzt zeugt davon auch die Befürchtung Helmut Schmidts, das Ansehen seiner "Schutzmacht" in Europa könnte leiden, wenn der Krieg in Vietnam weitergeht. Angesichts des Massenmordes in Indochina zersetzen sich hier wie überall in der Welt allmählich die Friedens-Illusionen, die an die besonders von Sozialdemokraten propagierten "weltweiten Entspannungsbemühungen" mit dem Osten geknüpft wurden.

Warum Willy Brandt schweigt

Der Schriftsteller Heinrich Böll hatte auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Dortmund gesagt: "Verehrter lieber Willy Brandt!... Sie werden gebraucht, um Gewalt, die eine wie die andere, zu verhindern, um Frieden zu garantieren, um zu verhindern, daß eine personell wie programmatisch verfallene Partei die Macht übernimmt." Nach der Weihnachtsansprache Willy Brandts, in der er kein Wort über den Bombenterror verlor, klagte Böll die Regierung Brandt "der laschen Haltung gegenüber Washington" an. Offenbar hat der - 1933 noch "linke" Jungsozialist - Willy Brandt, der spätere "antifaschistische Spanienkämpfer" (als Mitglied der norwegischen Arbeiterpartei) und Friedensnobelpreisträger von 1971 die Hoffnungen Bölls schnell enttäuscht.

Der Vorstand der Jungsozialisten erklärte: "Zu einem Zeitpunkt, in dem sich eine weltweite Empörung gegen den brutalen Völkermord der USA in Vietnam artikuliert geht der Regierungschef und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1971 mit keinem Wort auf den Bombenterror der Nixon-Regierung und die damit beabsichtigte Vernichtung des vietnamesischen Volkes ein. Die Jungsozialisten wenden sich dagegen, daß sich die BR durch diese Totschweigetaktik objektiv zum Handlanger von imperialistischen Aggressoren macht." Wir verstehen die Enttäuschung Bölls, der Jusos und all jener, die - wie Willy Brandt - den Frieden für "machbar" hielten und die Rückseite der Friedensplakette von Oslo, die Wirklichkeit des Imperialismus, nicht sahen. Aber die Ursache ihrer Enttäuschung ist nicht eine veränderte Haltung der SPD. Die Jungsozialisten sagen, die Regierung mache sich zum Handlanger der imperialistischen Aggressoren - das ist die Wirklichkeit der Sozialdemokratie, aber nicht erst seit Dezember 1972, sondern seit 1914. Damals, als die SPD-Reichstagsfraktion den Kriegskrediten im I. Weltkrieg zustimmte und Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und ihre Anhänger ausgeschlossen wurden, ging die SPD ins imperialistische Lager über. Die weiteren Etappen dieses Weges waren: 1918/19 die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und Soldaten, 1928-1933 die Zustimmung zum Abbau der Löhne und der politischen Rechte der Werktätigen, die dazu beitrug, dem Faschismus und dem II. Weltkrieg (durch Wiederaufbau und Förderung der Reichswehr) den Weg zu ebnen, 1933 die kampflose Kapitulation der sozialdemokratischen ADGB-Führung vor den Nazis, nach 1945 die Zusammenarbeit besonders mit der amerikanischen Besatzungsmacht, die die Abrechnung der deutschen Werktätigen mit den wahren Schuldigen des imperialistischen Völkermordes, den deutschen Unternehmern, unterband und die BRD zur Frontspitze gegen den Sozialismus machte. Die Enttäuschung der Jusos ist nicht verursacht worden durch ein Umschwenken der SPD auf die Interessen der herrschenden Klasse in den USA, sondern dadurch, daß Illusionen zerplatzen, die sie sich über die SPD machen.

Auf Urlaub in Franco-Spanien schweigt der "antifaschistische Spanien-Kämpfer" Brandt zu den Flächenbombardements, der Tötung Tausender von Zivilisten in Nordvietnam und der Ermordung Hunderttausender politischer Gefangener in südvietnamesischen KZs (und auch in spanischen Gefängnissen). Vor seinem USA-Besuch erklärte Brandts Sonderminister Bahr zynisch: "Mit Freunden reden wir offen, aber nicht öffentlich". Demnach sind nicht die deutschen Wähler, sondern die amerikanischen Monopolherren die Freunde der deutschen Sozialdemokratie.

Das Schweigen der Bundesregierung und der SPD kann nur erklärt werden aus den Voraussetzungen, unter denen die BRD entstand und heute existiert. Die Bundesrepublik ist eine Schöpfung der amerikanischen Imperialisten, die sich im II. Weltkrieg zur größten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der kapitalistischen Welt entwickelten und Großbritannien von dieser Stelle verdrängten. Die USA oktroyierten uns die Bonner Demokratie und ihren politischen Inhalt. Es war das Bedürfnis der Amerikaner, das von ihnen besetzte Gebiet und West-Berlin zur Frontstadt gegen die Sowjetunion und den sozialistischen Block zu machen. Das Bedürfnis der 1945 geschlagenen deutschen Imperialisten war und ist es, sich der Errichtung der Front gegen den Kommunismus bedingungslos zu unterwerfen. Sie wollen mit den USA erreichen, was ihnen mit Hitler mißlang. Die BRD, finanziert durch den Marshall-Plan, organisiert als "freie Marktwirtschaft", d.h. unbeschränkte Profitwirtschaft für deutsche und amerikanische Kapitalisten, ist aus dieser Abhängigkeit heraus der ergebenste Diener der USA.

Die Innen- und Außenpolitik der BRD wird seit 25 Jahren wesentlich von US-Interessen bestimmt. Entwickeln sich Widersprüche in der herrschenden Klasse der BRD darüber, ob die amerikanische Politik, z.B. die sog. Entspannungspolitik, deutschen Interessen nützt, so sind die Sozialdemokraten die ersten, die den US-Kurs einschlagen. Sie müssen wohl oder übel den Amerikanern folgen, weil sie als stärkste Macht das kapitalistische Gesamtinteresse gegenüber dem Sozialismus verkörpern. Was die CDU/CSU davon unterscheidet - ebenso wie die Franzosen, die neben anderen den amerikanischen Klassengenossen jetzt kritisieren - ist nicht ihre mangelnde Bereitschaft, den Kampf gegen das sozialistische Lager aufzunehmen, wenn die Bedingungen dafür günstig sind. Der Unterschied besteht vielmehr in dem - letzten Endes vergeblichen - Versuch, die Lasten des amerikanischen Niederganges von der eigenen, nationalen Bourgeoisie fernzuhalten.

Der Vietnamkrieg — Ursachen und Folgen

Worum geht es im Vietnam-Krieg? Die Politik von Truman und Churchill, die 1947 in der ersten Etappe des Kampfes die SU auf ihre Vorkriegsgrenzen zurückwerfen wollte, ist gescheitert: Es ist den westlichen Imperialisten bisher nicht gelungen, die Widersprüche im sozialistischen Lager so weit auszunutzen, daß die Ergebnisse des II. Weltkrieges verändert wurden. Wenn es den Kommunisten in Nord- und Süd-vietnam sowie in den benachbarten Ländern gelingt, die USA zum Abzug ihrer Truppen und Waffen zu zwingen, so fügen sie der amerikanischen Weltpolitik eine entscheidende Niederlage zu.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus erlaubt es der herrschenden Klasse Amerikas und ihrer Verbündeten heute noch nicht, den III. atomaren Weltkrieg gegen das sozialist. Lager und das Proletariat in den kapitalistischen Ländern zu entfesseln. Die Bedingungen und Kräfte dafür reifen jedoch heran. Festigung und Ausbau der ökonomischen wie politisch-militärischen Stellungen des Kapitals und der militärischen Rüstung aber sind nur möglich, wenn die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern passiv bleibt. Allein die Arbeiter nicht aber Resolutionen können ihnen Furcht einflößen.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann, 28 Bremen, Admiralstr.139
Herstellung und Vertrieb:
Margret Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641
Konten: Sparkasse in Bremen, Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 357994-205

Die "Friedensoffensive" Nixons ist die Fortsetzung des 14-Punkte-Programms von Johnson, das die Diplomaten vor sieben Jahren nur erfanden, um es scheitern zu lassen mit der Konsequenz: Es gebe nun keine andere Möglichkeit mehr, als den Krieg zu intensivieren. Dieses Programm hatte die Politik Kennedys, des großen Idols unséres "demokratischen

Sozialismus" fortgeführt. Kennedy hat ähnlich wie Johnson gesagt, daß der eigentliche Zweck unserer Waffen der Friede und nicht der Krieg ist", und was will Nixon anderes als diesen Frieden?

Die bürgerliche dänische Zeitung "Information" schrieb am 4. 1. 1973: "Trotz eines falschen Friedenswillens sprach Hitler noch direkter davon, daß er den Feind niederzwingen wolle. Nixon dagegen steht mit Tränen auf den Wangen dabei und erzählt von seinem Wunsch, daß er Frieden in Vietnam will."

Papierne Proteste genügen nicht

Der Vorstand der Jungsozialisten forderte die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen: Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA; Einstellung jeglicher materieller und politischer Unterstützung der Marionettenregierung Südvietnams, völkerrechtliche Anerkennung der DRV, großzügige materielle Hilfe für den Wiederaufbau Vietnams, Einrichtung eines Informationsbüros für die provisorische revolutionäre Regierung Südvietnams, Aufhebung der Einreisebeschränkung für die Vertreter der FNL und Nordvietnams.

Diesen Forderungen schließen wir uns an. Allerdings sind wir der Überzeugung, daß Enttäuschung und Empörung, Appelle an Brandt und Demonstrationen gegen Nixon nicht genügen, um diesen Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Als Beispiel nennen wir das Protestschreiben gegen die amerikanische Kriegspolitik in Vietnam, das 33 Bremer Bürgerschaftsabgeordnete dem örtlichen US-Konsul Hamilton übergeben haben. Der Konsul "akzeptierte" dieses Schreiben "nicht" und warf es in den Papierkorb.

Juso-Vorsitzender Roth hat Anfang Dezember die "Mobilisierung der Arbeitnehmer und der Jugend" angekündigt, falls in der Regierungserklärung die Frage der paritätischen Mitbestimmung unzureichend entscheiden werde. Auch Arbeitskämpfe schloß er nicht aus. In der Vietnam-Erklärung heißt es: "Die Jungsozialisten werden ihre bisherigen Bemühungen verstärken, die Jugend für den Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt durch die USA zu aktivieren und zu mobilisieren". Die Jusos und alle, die gegen den US-Imperialismus Stellung beziehen, müssen sich die Frage stellen: Soll der Protest nur Ausdruck vorübergehender Empörung zu eigener und anderer Beruhigung sein oder der erste Schritt des wirklichen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus? Sind die SPD-Bundestagsabgeordneten, die an die Öffentlichkeit traten, bereit - ungeachtet aller Anfeindungen der großen Mehrheit ihrer Fraktionskollegen -, für die Einstellung der Devisenzahlungen an die Amerikaner einzutreten? Diese Forderung ist gleichbedeutend mit der Forderung nach Abzug der amerikanischen Truppen aus der BR, denn nur dieser Abzug ist die Garantie dafür, daß unsere Wohnungen und Städte nicht mit unseren eigenen Steuergeldern zerbombt und verwüstet werden, wenn der Konflikt hier ausgetragen wird. Ebenso treten wir dafür ein, daß die sowjetischen Truppen die DDR verlassen. Dies tun wir nicht, weil wir der SU gegenüber feindlich eingestellt sind. Im Gegenteil. Erst der Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht aus der DDR schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse frei von Bevormundung ihr Los in die eigenen Hände nehmen kann. Dies ist die wirkliche Grundlage für eine Klassensolidarität der Arbeiterklassen beider Länder.

Wir treten dafür ein, daß alle Organisationen, Gruppen und Personen, die über die Einstellung der Devisenzahlungen an die Amerikaner nicht nur reden, sondern bereit sind, dafür etwas zu tun, sich unter diesen Forderungen zusammenfinden - unter Hintanstellung aller sonst noch bestehenden politischen Differenzen. Dazu ist es erforderlich, daß wir unsere Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften ansprechen und mobilisieren. Das an die Amis bislang verpulverte Geld könnten wir hier besser verwenden.